

Protokollauszug

aus der

9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 01.09.2004

öffentlich

**Top 5.37 Schulsozialarbeit
04/SVV/0617
geändert beschlossen**

Der **Direktor der Goethe-Schule Herr Rudolph** erhält das beantragte Rederecht und erörtert den erhöhten Bedarf der Unterstützung von Schulen durch qualifizierte Schulsozialarbeiter als ständige persönliche Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler.

Anschließend wird die DS 04/SVV/0617 vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg namens der Fraktion PDS eingebracht – mit dem Hinweis, dass als mögliche Deckungsquelle für die Finanzierung die mit der Kita-Finanzierungsrichtlinie erzielten Einsparungen eingesetzt werden können.

Ergänzungsantrag:

Die Stadtverordnete Keilholz beantragt namens der Fraktion SPD:

Der **Beschlusstext** ist in der 3. Zeile hinter „Jugendförderplanes“ um die Wortgruppe „unter nochmaliger Ausnutzung der Fördermöglichkeiten durch die Agentur für Arbeit in Potsdam (ABM)“ sowie in der 4. Zeile hinter „Haushalt 2005“ um die Wörter „im Budget des Geschäftsbereiches 3“ **zu ergänzen.**

Diese Ergänzungen werden von der Antragstellerin **übernommen.**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die 3 regelgeförderten Stellen für Schulsozialarbeiter gemäß des angemeldeten Bedarfs und entsprechend des beschlossenen Jugendförderplanes unter nochmaliger Ausnutzung der Fördermöglichkeiten durch die Agentur für Arbeit in Potsdam (ABM) zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber mit dem Haushalt 2005 im Budget des Geschäftsbereiches 3 finanziell gesichert werden, um die Arbeit auf dem bislang erreichten Niveau fortführen zu können.

Gegenüber dem Land Brandenburg ist nachdrücklich auf die Weiterführung des 610-Stellen-Förderprogramms zu bestehen, um die Kofinanzierung der Potsdamer Schulsozialarbeit zu sichern.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

Die Sitzung wird anschließend mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes 5.41 fortgesetzt.